

# Lühner Anzeiger

Telephon: Amt Lahn Nr. 24.

Wochenschrift für Lahn und Umgegend.

Telephon: Amt Schönau Nr. 10.

Druck und Verlag von Franz Beuchel in Schönau (Kahbach). — Für den Inhalt verantwortlich: Franz Beuchel, Schönau (Kahbach).

Ausgabestelle und Inseraten-Aannahme in der Filiale Goldbergerstrasse Nr. 58 in Lahn und in der Buchdruckerei von Franz Beuchel in Schönau (Kahbach).

## Die Ausgabe

erscheint wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementpreis beträgt vierteljährlich durch Boten 90 Pf., monatlich 30 Pf. frei Haus. Postabonnement 90 Pf., mit Abtrag 1,14 Mk.

## Ämtliches Publikations-Organ

der städt. Behörden und des königlichen Amtsgerichts.

## Anfertigungspreis

1spaltige Petuzeile oder deren Raum 10 Pf., für ausw. Inf. 12 Pf., Neffenzelle 20 Pf. Bei gerichtl. Vertreibung kommt Rabatt in Wegfall. Annahmeschluss Montag, Mittwoch und Freitag mittags 12 Uhr.

Nr. 26.

Lahn, Donnerstag, den 2. März 1911.

8. Jahrgang.

## Tages-Nachrichten.

Der Kaiser beabsichtigte am Montag, den ihm persönlich befreundeten Generaldirektor der Hamburg-Amerikalinie, Ballin, der erkrankt war, zu besuchen. Ballin hatte jedoch bereits das Zimmer verlassen können und erging sich im Tiergarten, wo ihn der Kaiser traf und sich längere Zeit mit ihm unterhielt. Der Kaiser hörte dann den gemeinsamen Vortrag des Finanzministers Dr. Benzke und des Ministers der öffentlichen Arbeiten von Treibschütz und darauf den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts Kais. v. Valentini.

Zur Kronprinzenerzählung veröffentlicht die Londoner „Times“ einen Rückblick, der in herzlichen Worten gehalten ist. — Es heißt da u. a.: „Vom Tage seiner Ankunft in Indien hat die Persönlichkeit des Kronprinzen dominiert. Seine jugendliche Lebensfreude hat jedermann für ihn gewonnen. Ein nie versagender Charme seiner Manieren trug zur Vervollkommnung dieses günstigen Eindrucks seiner Persönlichkeit bei. Wenn der Kronprinz sich auch gern am Sport beteiligte, so gingen seine Interessen doch weit über Pferd und Jagd hinaus. Schnell erfasste er die wesentlichen Punkte der militärischen und zivilen Verwaltung und die Leistungen Englands in Indien in der Vergangenheit und Gegenwart haben einen tiefen Eindruck auf ihn gemacht. Er hinterläßt warme Gefühle der Sympathie für sich selbst.“

**Berlin.** Oberpräsidenten-Posten werden von den Berliner Blättern wieder einmal engros verteilt. von Waldow in Posen soll danach nach Stettin und von Günther in Breslau nach Posen versetzt werden. Das Oberpräsidium von Schlesien sei für den Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen in Aussicht genommen, der zurzeit das Landratsamt in Ramenz verwaltet.

**Wien.** Bei der Reichstagswahl in Österreich wurden abgegeben: für Rittergutsbesitzer Dolowski-Kuhborn (Zentrum) 10735 Stimmen, für Pfarrer Barczewski (Pole) 6793 Stimmen, für Rechtsanwalt Haase (Soz.) 303 Stimmen. Dolowski ist gewählt.

**Paris.** Die Lösung der Rabinotfrage bereitet Schwierigkeiten; da die parlamentarische Lage, wie die jüngsten Abstimmungen in der Kammer zeigten, eine höchst verworrene ist, so wird ernstlich die Frage erwogen, das Parlament aufzulösen, dessen Schwäche in der großen Zahl von parlamentarischen Gruppen und Untergruppen begründet ist. — Nach der feierlichen Ueberführung der Leiche des Kriegsministers Brun, wegen dessen plötzlichen Ablebens auch der deutsche Botschafter Frhr. v. Schön der französischen Regierung sein Beileid ausdrückte, durch das Truppenpalast nach dem Bahnhof Austerlitz, trat der Ministerrat zusammen, in dem Briand dem Präsidenten Fauriès sein eingehend begründetes Abschiedsgesuch überreichte, das am Dienstag amtlich publiziert wurde. Auch der Deputiertenkammer, die zu diesem Zweck eine kurze Sitzung abhielt, wurde das Schreiben zur Kenntnis gebracht. Zu derselben Zeit führte der Präsident Fauriès die üblichen Verhandlungen mit dem Präsidenten des Senats und der Deputiertenkammer. Die drei Staatsmänner wünschten übereinstimmend eine Einigung zwischen den Gruppen der republikanischen Partei. Uebernimmt Poincaré die Minister des Auswärtigen.

**Konstantinopel.** Wie der Wall von Monastir telegraphiert, wuchsen türkische und griechische Truppen in der Grenzzone bei Domenikon Schiffe. Der Kampf, an dem auf griechischer Seite auch Zivilisten teilnahmen, dauerte eine Stunde. Der Morde sind Nachrichten zugegangen, daß die Griechen die Besatzung aller Grenzposten verdoppeln. Der türkische Gefahrschwärmer regte bei der griechischen

Regierung an, Maßnahmen zu treffen, um der Wiederholung der Zwischenfälle vorzubeugen.

**Belgrad.** Der deutsche Gesandte in Belgrad, von Reichenau, hat seine Genugtuung erhalten. Der serbische Kriegsminister, welcher durch leere Ausflüchte um seine in der Stupitsina aufgestellte dreiste Behauptung herumzukommen suchte, hat sich gezwungen gesehen, seine Demission zu geben. Damit hat die serbische Regierung anerkannt, daß die Worte des Ministers a. D., v. Reichenau sei durch verwandtschaftliche Rücksichten bestimmt worden, dem serbischen Staats Erzhändels-Geschäft zu vermitteln, eine triviale Erfindung war.

**Douglas in Arizona.** Mexikanische Revolutionäre nahmen nach einem Kampfe die Stadt Fronteras ein.

**Spokane (Washington).** Hier ist die Beulenpest ausgebrochen. Drei Personen sind daran gestorben und 16 erkrankt.

## Deutscher Reichstag.

Am Montag waren bei der erst kurz vor halb drei Uhr eröffneten Sitzung die Tribünen stark besucht, da man eine Entgegnung auf die Ausführungen des Abg. Raab am Sonnabend gegen die Juden im Heere erwartete. Nach debattierender Erledigung des Besetzungswurfs über die weitere Zulassung von Hilfsmitgliedern im kaiserlichen Patentamt in dritter Lesung ergriß bei fortgesetzter zweiter Beratung des Militäretats zunächst der Abg. Gröber (Ztr.) das Wort. Er versicherte unter Abwehr eines sozialdemokratischen Vorwurfs, seine Partei würde den Soldaten die erhöhten Löhnungen gern und sofort gewähren, sobald die erforderlichen Mittel dafür vorhanden seien. Die Ehrengerichte seien nur eine gutachtliche Behörde. Redner wendet sich eingehend gegen die Ausführungen des Abg. Raab am Sonnabend, der die Aufnahme von Juden in das Offizierskorps scharf bekämpft hatte, und erwähnte, daß nicht nur in Oesterreich, Italien und Frankreich Juden in die höchsten Armeestellungen aufrücken, sondern daß auch 375 deutsche jüdische Soldaten im Kriege gegen Frankreich das eiserne Kreuz oder eine andere bundesstaatliche Auszeichnung erworben hätten. Redner forderte Parität für die Juden wie für die Katholiken. Abg. Osann (ntl.) erklärte, aus Gründen der Gerechtigkeit die vom Abg. Raab gegen jüdische Mitbürger geschleuderten Angriffe zurückweisen zu müssen. Ein Unterschied zwischen Christen und Juden wegen der Religion dürfe nicht gemacht werden. Redner wies dann noch die sozialdemokratischen Angriffe auf die Heeresverwaltung zurück. Abg. Schöpplin (Soz.) wandte sich gleichfalls gegen den Abg. Raab, der den Reichstag mit einer antisemitischen Kneipe verwechselt habe und hob dann die guten Wohlausichten der Sozialdemokraten hervor. Abg. Kopsch (Sp.) wies gleichfalls sehr entschieden die Angriffe auf das Judentum zurück. Kriegsminister v. Heeringer führte aus, der Etat von 1911 weise ein Weniger von 4,9 Millionen gegenüber 1910 auf. Die Offiziere konnten sich mit Abgeordneten in Verbindung setzen, nur sollten sie es nicht tun gegen den direkten Befehl ihrer Vorgesetzten. Antisemitische Äußerungen müßten vorkommen, gebilligt würden sie nicht. Die Würde der Offiziere geschieht durch das Offizierskorps, also in liberalster Weise. Im Heere gibt es nur Deutsche. Der bayerische wie der sächsische Militärbehördenpräsident wiesen auf den starken Rückgang

der Soldatenmishandlungen hin. Abg. Raab (wirtsch. Brg.) suchte die ihm von den Vordemern gemachten Vorwürfe zurückzuweisen.

In Reichstagsdebatte wurde am Dienstag die Beratung des Militäretats fortgesetzt. Abg. Kuhnert (Zsd.) wandte sich gegen Mißstände, die im Heere herrschen. Abg. Erzberger (Ztr.) wies diese Angriffe zurück. Abg. Werner (Antif.) brachte die Wünsche der Intendanturbeamten zum Vortrag. Abg. Hengsbach (Zsd.) schilderte die schrecklichen Verhältnisse, die in vielen Militärgefängnissen herrschen. Abg. Sommer (Fortshr. Volksp.) verlangte, daß an der Spitze des Veterinärwesens nicht ein Offizier, sondern ein Arzt stehe. Abg. Zubeil (Zsd.) und Abg. Kopsch (Fortshr. Sp.) brachten die Klagen der Zivilmilitär gegen die übermächtige Konkurrenz der Militärkapellen zum Vortrag. Zu einer erregten Debatte kam es noch bei einer Besprechung der Schießversuche auf Reichenteile. Abg. Dr. Goerde (natl.) fragte, ob die in der sozialdemokratischen Presse enthaltene Nachricht von den grauerhaften Schießversuchen auf Leichen in Spandau auf Wahrheit beruhe. Generalmajor Wandel erwiderte, daß in der ganzen romanhaften, schauerlichen Schilderung nichts weiter wahr sei als die Tatsache, daß auf einzelne Leichenteile, die in Leinentücher eingehüllt waren, auf eine Entfernung von 1000 bis 2000 Schritt Schüsse abgegeben worden sind, um die Durchschlagkraft der modernen Geschosse zu erproben. Abg. Dr. Mugdan (Fortshr. Sp.) wies als Arzt auf die Notwendigkeit hin, solche Versuche vorzunehmen, um die Schußwirkungen auf den menschlichen Körper festzustellen.

## Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Haus beschäftigte sich am Montag mit dem Etat für Handel und Gewerbe. Die Debatte nahm eine sehr interessante Wendung, als von konservativer Seite Mittel gegen die Ueberschwemmung des inländischen Marktes mit ausländischen Papieren gefordert wurden und gleichzeitig der Minister ersucht wurde, den Handelskammern zu verbieten, korporativ dem Hansabund beizutreten. Handelsminister Erdow befandete den Willen, eine Inanspruchnahme des inländischen Anlagekapitals durch fremde Papiere über 15 Prozent hinaus nicht dulden zu wollen, die gewünschte Stellungnahme gegen den Hansabund lehnte der Minister jedoch ab; der Hansabund sei eine wirtschaftspolitische Organisation, den Handelskammern nahe nicht im Wege, sich ihm anzuschließen. Diese Ausführungen waren auf der rechten von großer Unruhe begleitet.

In Abgeordnetenhaus ging es am Dienstag ruhig zu. Zunächst wurden zwei kleine Vorlagen, darunter die Eingeweiheung von Gräbchen an Berlin, angenommen. Dann wurde die Beratung des Etats der Verwaltung für Handel und Gewerbe fortgesetzt. Abg. Rosenow (Fortshr. Volksp.) führte aus: Die Lage von Handel und Gewerbe hat sich durch das Festsitzen des Handels- und Gewerbetreibenden langsam gehoben. Es muß aber dafür gesorgt werden, daß die Entmiltelung nicht weitergeht, damit der deutsche Name die Stellung auf dem Weltmarkt erhält, der ihm gebührt. Abg. Rosenthal (Pole) beschwerte